

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abojahr 1. J. Preis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Sonntagsblatt monatlich 80 Pf. Durch das Post-Büro bezogen vierjährig 30. 2. 70, unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 80.— Erreicht wird mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 5445.  
Sprechstunde nur montags von 19 bis 1 Uhr.  
Spedition: Brüderstraße 21. Telefon 1762.  
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Gaufräte werden die 8spaltige Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei beständiger Abonnement wird Rabatt gewährt. Vereinsabos 90 Pf. Gaufräte müssen bis spätestens 10 Uhr in der Expedition abgeben, um sie nach dem Sonntag zu erhalten. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 286.

Dresden, Freitag den 10. Dezember 1909.

20. Jahrg.

## Auf dem Dache sitzt ein Greis . . . Bethmann Hollwigs erste Kanzlerrede.

Wir hatten einmal einen Kanzler in Deutschland, der war alt und stumpf geworden, los lieber pifante französische Novellen als langstielige Alten, er redete lieber die müden Glieder auf einer Salzengang, als daß er sich in die Kanzlei einpferzen ließ. Aber er wußte doch, was er wenigstens außerlich seinem Stunde schuldig war, und verleugnete auch als Kanzler nicht die gute parlamentarische Kinderstube, durch die er in Bayern viele Jahre vorher als Ministerpräsident hindurchgegangen war: Sobald sich dem alten Höhenlohe nach Savoia Sturz die Möglichkeit bot, beeilte er sich mit seiner Vorstellung im Reichstag. So hatte es auch sein Vorgänger, der ursprünglich die Nachfolge Bismarcks kontrahierte General gehalten, so endlich sein Nachfolger, der geldmeidige Bülow. Man kann wirklich nicht behaupten, daß die drei der Welt allzuviel mitgebracht hätten; aber sie legten doch ihr Sprachlein auf, so gut oben so schlecht sie es konnten. Ob es ein Programm war, was sie darlegten, oder ob sie einen direkten Befehl memorierten — sie traten vor das Parlament und gaben so der Volksvertretung ihr natürliches Recht.

Ganz anders beliebt es Herrn v. Bethmann-Hollweg. Seit dem Hochsommer drückt seine lange Figur den Kanzlersessel. Er eilt wie ein geschäftiger Hammerdiener, so fremden und heimischen Potentaten in der heim. ersten Bevölkerung des Reiches einfach formlich wirkenden Uniform eines preußischen Stabsoffiziers vorzutreten, aber um die Volksvertretung künftig er sich nicht. Er liebt sie da, wo sie war, nämlich in den Ferien, solange es nur irgend ging. Und auch dann noch verdeckt er sich, ließ den neuen Staatssekretär des Innern allein einen verunglückten Handelsvertreter vertreten, den er selbst zusammen mit dem sinnlichen Grafen Taitenbach vorbereitet hatte, und begnügte sich mit der Rolle eines teilnahmslosen, fern vom Schauspiel der Tat weilenden Zuhörers, als Herr Leipzig, der doch nach der Reichsverfassung nur ein unverantwortlicher Stellvertreter ist, bei der Werftinterpellation nach allen Regeln der Kunst abgeschlagen wurde. Weder einem lästigen Zeitungsschreiber öffnete er sein Herz, noch erhob er in den offiziösen Blättern die Stimme, um anzudeuten, wie er sich die Verteilung der Reichsstaatsgeschäfte denke. Nur einmal brach er das tiefe geheimnisvolle Schweigen, das ihn in den Ruf gebracht hat, ein Philosoph zu sein; das vor demal in Wien, als er einem Journalisten auf die sogenannte doch auch berechtigte Frage, wie er sich zum englischen Ablösungsvorstoß stellen wolle, die monumentale Antwort gab: „Wir werden sehen, wie werden hören und dann wird sich's finden!“

Ein unglaubliches Versteckspiel hat wohl noch nie ein Staatsmann getrieben, als dieser fünfte Kanzler des Deutschen Reiches. Eine Stunde vor dem Beginn seiner ersten Rede im Reichstag als Kanzler konnte man höchstens an den Kleinenköpfen abzählen, ob er der Mann des neuen oder der Mann des alten Blods sein wollte, ob er der Sozialpolitik einen neuen Impuls zu geben entschlossen war oder sich widerprüflicht unter das Gebot des Schriftmachers beugt, ob er friedlichen Anträgen fremder Nationen die Hand reichen oder im hartnäckigen Unverständnis verantwortungsloser Hurtschreier die Gedanken der Panzerplattenfabrikanten und Armeelieferanten als unabahbarer Welsches betreiben wolle.

Dieses Verhältnis führt uns an die Wurzeln des politischen Glends in Deutschland. Es ist nur aus der inneren Verlogenheit unserer Zustände erklärlieblich, nicht aber auch verzeihlich. Wir haben in Deutschland wohl eine herrschende Partei, aber wir haben kein konstitutionelles System. Der „leitende Staatsmann“ kann sich keine drei Woden halten, wenn ihm die kleine aber mächtige Partei der reichsähnlichen Kräutjer nicht auf seinem Platz will. Über er soll doch nicht ihr offizieller Vertreter sein, sondern ein gehorcher Diener des Monarchen, angeblich in voller Unparteilichkeit über den Waffen schwimmend. Eine Mehrheit muß jeder Staatslenker im Parlament haben, wenn er nicht jede seiner Vorlagen in jeder Stunde dem Göttern ausziehen will. Über bei uns soll es beileibe keine leise, erfassbare, verantwortliche Mehrheit sein, die etwa gar zur Herrschaft des Parlaments führen und der Macht des unverantwortlichen Kronenträgers überbrück tun könnte. Der Absolutismus liebt die Mehrheit von „Holl zu Holl“, die künstlichen Bildgebilde, die bei starken Belastungsproben auseinanderfallen und durch neue Gebilde mißlich erlegt werden können. Der Absolutismus ist und will sein der ruhende Pol in den Erdbebenungen Gluck; der Absolutismus ist und will sein, was er heißt.

Nur ein Vierstündchen sprach der Reichskanzler, und seine Rede war die Fortsetzung des bisherigen Schweigens. Sie war das Zeugnis der trostlosen Verlegenheit und des Scheiterns und Hilflosigkeitens, in der das Reichs-Partei sich festgefahrt. Sie schwieg über alles, was wirklich die Volksseele erregt, sie redete nichts, was zu nichts dienen soll, als vielleicht aus den Witten, in die Bethmanns Vorgänger die Reichsdinge gestürzt, notdürftig hinauszugesangen.

Die Strömungen ringen jetzt bei uns in Deutschland um die Vorsitzschaft: Die kontraktiv-klerikale und eine andere viel-

gestaltete, die nur daß eine Merkmal gemeinsam hat, mehr aber weniger energetisch gegen die erste austreten. Der neue Reichskanzler aber will alles, nur nicht Karlsruhe besetzen, und er benutzt, um diese Hilflosigkeit zu verdecken, das hände Wort, daß die Regierung in Deutschland niemals eine Parteiregierung sein könne, worauf ihm logischerweise der sozialdemokratischen Linien zugestimmt wurde: Die konervative Parteiregierung besteht schon seit langem! In der Tat, auch Herr v. Bethmann-Hollweg, wie er der kontraktiv-klerikale Schwerezeichnung die Unterschrift gab, so will er konervative Politik betreiben. Nur sagt er dies nicht, sondern, da er auch andere Parteien braucht, so fordert er alle bürgerlichen Parteien auf, sich von der Verkrüppelung der letzten Monate zu befreien und sich „wieder zu gemeinsamer politischer Arbeit zusammenzufinden“, damit der Stabilitätsmus nicht weiter „ausgezeichnete Geschäft“ mache. Jedemfalls — und das ist immerhin ein Charakteristisches in den nächsten farbloßen Ausführungen v. Bethmanns — ist von Ausschaltung des Zentrum seine Rede mehr, vielmehr werden die Liberalen gefordert, nicht zu schmollen, wenn auch ihre Blockpolitik in die Brüche ginge, sondern sich an das kontraktiv-klerikale Kartell anzupassen.

Herr v. Bethmann sucht auch Verbesserung einzulegen, das gegen ihn „das gefährliche Wort Fortwurzel“ angewandt werde. Er beweist aber selbst die Berechtigung dieses ihm unbehaglichen Wortes, indem er zugeht, daß er ein allgemeines Regierungskonzept nicht vortragen könne. Es sollte, so meinte er, eine Politik der Stetigkeit und Festigkeit betrieben werden, aber er verschwieg längst, welcherlei Aufgaben eine jetzt und sehr betrieben werden sollen. Seine einzige Aufgabe ist es eben, aus den Trümmern der Böhmischen Politik die absolutistisch-konservative Herrschaft wieder herauszutreten.

Nur ein kleiner Amblement bereitete Bethmann in seiner launis so tollen pedantischen Redewortesunde, indem er sagte, es gebe viele Kreise im deutschen Volk, welche „auf die Dauer nicht von der politischen Sensation leben wollen“. Er meinte mit seinem Wort von der „politischen Sensation“ den ihm peinlichen Streit um Steuerfragen, aber er erinnerte unfreiwillig daran, wie sehr gerade die Politik seines Vorgängers Bülow eine Politik der Sensationen war, der fiktiven Erzeugungen der hohen Mode. Freilich: vorher ist nun an diese Zeit der Böhmischen Sensationen, vorher die Brillantenverwerfer des Theatertanzlers, geblieben ist — als neue Hera v. Bethmann — die Richtigkeit, die Nüchternheit, die Bangeweile, der Augenjammer . . .

Die folgenden Reden der Parteiführer v. Herling, v. Richthofen und Bössermann bestätigten voll auf die reichsähnliche Verhältnisse und Stagnationsmöglichkeit. In den Zentrumsführers Ausführungen zeigte sich wohl der Stolz, daß es gelungen ist, das Zentrum wieder zur Macht zu bringen, andererseits aber auch die bleiche Furcht vor der Sozialdemokratie und vor der Möglichkeit, daß bei der nächsten Wahl durch eine wenn auch nur vorübergehende fiktive Verständigung zwischen Liberalen und Sozialdemokraten in den Zentrumsgebieten die Majorität des Schanzenblocks bedroht und hinweggelegt werden könnte. Der konervative Junter aus Schlesien, v. Richthofen, sprach die Hoffnung aus: wenn sich die neuen Steuern erst eingelebt haben werden, dann wird auch Verbesserung eintreten; er hätte auch sagen können: Dann werden wir wieder zur positiven Arbeit neuer Steuern übergehen! Auch Herr Bössermann kommt aus der schmerzlichen Seelenpein heraus, die seine Partei nach dem Krieger wider die Kontraktiviten und der Schanzsucht noch Mitarbeit auf und ab quält.

## Neuerungen der Presse.

Es tritt zur Aktion der Grünen bei, daß just die kontraktiv-klerikale Zeitung v. Bethmann einige Lobherrschaften wendet. Die Kreuzzeitung ist überaus entzückt und beglückwünscht den Komplex ironisch. Siehe die Deutsche Tagesszeitung scheint zufrieden zu sein. Dagegen erläutert sich die konservativen Blätter entweder unbeteiligter. Die Voith Zeitung schreibt: „Das große Ereignis v. Bethmann-Hollweg hat geworden, aber nicht genau. Seine Aussichten entsprechen vollkommen den nächsten, fahlen, düsteren Prognose. Sein Programm ist, sein Programm zu entwickeln. Vielleicht auch fens zu haben.“

Abgeordneter Raumann sprach sich wie folgt über die Steuern aus:

„Der Kanzler sagt: „Wir können uns nicht den Luxus gestatten, uns bei Vergangenem aufzuhalten.“ Er will damit den Umfall der Reichsregierung verhindern und will die Nationalversammlung in keinen Umfall mit hineinziehen. Deshalb appelliert er an deren große Tradition, um sie mit zum schwärzblauen Operieren zu überreden, vor dem er selber steht.“

Deutschland als Nachfolger Bismarcks einfüßt, denn was er über Sozialpolitik hat, ist so selbstverständlich, daß hier kein weiteres Wollen mehr ist. Sozialpolitische Gelege müssen praktisch erworben werden, sie müssen praktisch, in ihren Dienst bis verworfen, sie müssen praktisch. Die Arbeitskammer sollen ohne Verbandsabstimmung kommen, die Heimarbeitsteilung ohne Vohntarif. Und die Unruhe der Bergarbeiter über den Frieden des Reichs-Kampfes nicht. Er kann sich nicht den „Luxus“ leisten, auf die Rechten“. Aufruhr der Rechten ist es, wenn die Industrie will, ob sie noch weiter die Kosten einer gegen sie gerichteten Politik

aufzubringen soll. „Senation“ ist es, wenn die Arbeitnehmer nach ihren Menschenrechten fragen: Ruhe ist ruhig, heimliche Ruhe und stiller Paracraphenstillstand, Ruhe, die alle vergangenen Steuerlinien vergißt und sich rüstet, neue zu dulden. Diese Ruhe verkündet der pfiffige Politologe Kandler. Es scheint, daß er der Mann sein wird, der ewig nach Ruhe sucht, und sie doch nicht findet. Vielleicht besser wäre es gewesen, wenn er offen gelöst hätte: die zwei nächsten Aufgaben des bürgerlichen Volkes sind das preußische Wahlrecht und die Gewaltfreiheit als Erste als Erste verfehlter Gesetz. Das aber darf er nicht sagen, denn unter ihm sitzen seine Kontrolleure: Herr v. Hettner und Herr v. Hartling.“

## Die bayrischen Lords.

Nieder mit den Steuern!

Aus Bayern wird und gleichzeitig:

Nun droht Herrn v. Pfaff eine neue Gefahr. Jetzt gilt es für ihn nicht, liberale Helden zu niederzuwerfen, jetzt sind die edlen Herren der Ersten Kammer auf die Vorstände gestiegen und wollen das ganze mühelose Werk der Herren Kammer demoliert. Die Reichsräte des Kronen Bayerns wollen englisches Oberhaus spielen und bringen damit den Herren v. Pfaff, unterm Finanzminister, in die komische Lage, einen bayrischen Lloyd George oder Churchill spielen zu lassen. Aber er wird nicht! Wegen unterm bayrischen Lords, die übrigens mehr Großindustrielle als Großgrundbesitzer sind, innerhalb die sozialistischen Steuern wie die englischen Lordlöwen getreuen. Herr v. Pfaff ist nur ein kleiner Steuerbeamter, der seine größere Sorge hat, als zu sehen, wie er zu seinem Geld kommt!

Unsere Lords sind überhaupt unzureichend mit der Regierung, die soeben genugt hat, einen leibhaftigen Sozialdemokraten endlich als Bürgermeister von Bamberg zu bestätigen. Sie ist ihnen zu nachgiebig gegen plebejische Instinkte. Und so erscheint ihnen auch das bayrische Budget als revolutionär.

Mit überraschender Gesinnung ist ja eben der Referent für den Steuerausschuß der Reichstagskammer a. Auer ja höchst ausführliches Referat veröffentlicht. Offenbar war der Schlag längst vorbereitet. Dieses Schriftstück ist eben erschienen und wirkt wie eine Sensation. Denn Herr v. Auer beantragt in erster Stunde, die ganze Geschichte zu vertragen, bis die für die Zukunft angeläufige Vermögenssteuer vorgelegt sei; die Herren wollen gleich auf einmal gehen, was sie zahlen sollen. Sie wissen den schlaufen Plan, sie stückweise zu expropriieren.

Mit dieser Forderung nähern sich die Lords den — Sozialdemokraten, die im Abordnetenhaus vergeblich durchzuschlagen, daß auch die Vermögenssteuer gleich in die Reform aufgenommen würde. Aber es besteht freilich ein Unterschied: Wir wollten für eine angemessene und zugleich kontrollierende Besteuerung des Vermögens Sorge tragen, die Herren dagegen wollen in einem großen Feldzug auf einmal alle Absichten endgültig vernichten, daß die Gedanken just zum Steuerzahlen geboren seien.

Für Herrn v. Auer ist diese ganze Steuerreform mit ihrer ungerechten Überlastung der Bettellosen und des Arbeiters einhornweis — einfach pöbelhaft. Ganz wie ein preußischer Junter erklärt er für das „praktische Resultat unserer Ruhmabende“: „Die Massen, die wenig Steuern oder nur noch Pfennigen bezahlen, die viele nehmen auf die Wünsche ihrer Wähler Rücksicht und bestimmen dann, was die Besitzenden an Steuern zu zahlen haben.“ In der Tat, eine ungeheure Umhebung des geborenen Staates, daß die Besitzenden bestimmen, was die Bettellosen zahlen sollen. Schade nur, daß der Lord — wieder nach preußischen Junter-Wälder — von einer Revolution sprechen möchte, die es nicht gibt. Denn die schwärzten Junter der zweiten Kammer haben schon ausreichend für die Aufrechterhaltung des historischen Zustands der Steuerverteilung georgt!

Herr v. Auer findet insbesondere, daß das Großkapital und die Großindustrie, die Altengesellschaften besonders, ratsam bestrafen seien. Vor allem aber: erst will man leben, was die Bettellosen zahlen — von einer Revolution sprechen möchte, die es nicht gibt. Denn die schwärzten Junter der zweiten Kammer haben schon ausreichend für die Aufrechterhaltung des historischen Zustands der Steuerverteilung georgt!

Herr v. Auer kommt zu dem Resultat:

1. daß ich die Steuerreform erst dann für gewährlich halbig erachte, wenn neben der allgemeinen Einkommensteuer auch die ergänzende Vermögenssteuer eingeführt möglich wird;

2. daß die teilweise Durchführung der Reform doppelt ist, sonst unverhältnismäßige Kosten verursachen wird;

3. daß es sich nicht empfiehlt, in das Wahlgesetz das Haushaltsgesetz und andere Gesetze einzufügen;

4. daß diejenigen, welche die Steuerlast teilnehmen sollen;

5. daß in der Zeit der finanziellen Begehung die Bewilligung dem Platte, wie sie der Entwurf vorstellt, unangemessen ist;

6. daß die übermäßige Belastung des Großkapitals und der Großindustrie nicht nur unbillig ist, sondern auch dadurch die Entwicklung der leichten unverzerrten Gewerbe, die am meisten zur Erzeugung der Staatslasten betragen werden, künftig weniger zum großen Teil entgehen wird;

7. daß die Steuerlast noch drückender empfunden wird infolge